

# Unbedeutende Episode

Gedanken auf dem Weg nach Berlin

VON FRANZ HITZENBERGER

Es war auf dem Weg nach Berlin. Wir hatten nach mancherlei Mühe den Eintritt in die Zone erkämpft, lächerliche Formulare ausgefüllt und Maut bezahlt für die Autobahn, die Hitler hatte bauen lassen und die sich heute so präsentiert, wie der Krieg, den Hitler wollte, sie zugerichtet hat: von Schlaglöchern übersät. Wohl aus diesem Grund haben die Herren der Zone für die geschundene Autobahn eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 100 Kilometer in der Stunde erlassen – eine fast überflüssige Maßnahme, da ein wesentlich höheres Tempo auf der schlechten Straße ohnehin nicht zu riskieren ist.

Nur fallweise, für kurze Strecken, hat man die Autobahn mit einer neuen Asphaltdecke versehen – und da passierte es. Das Temperament ging dem Autofahrer, neben dem ich saß, für Sekunden durch, die Tachometernadel tastete sich vorwitzig auf 130 Stundenkilometer hoch – und schon war ein Vopo zur Stelle. Der witterte die Chance des Tages und ließ sich nicht erweichen – wir mußten Strafe zahlen: 20 Mark, in westlicher Währung, wie sich versteht.

Da wir nur einen 100-Mark-Schein zur Stelle hatten, wurde aus dem Problemchen ein Problem, denn der gestrenge Volkspolizist konnte nicht herausgeben. Immerhin war ich einigermaßen befriedigt, daß der aufmerksame Straßenwärter in Uniform nicht einmal den schüchternsten Versuch machte, uns Wechselgeld in Ostwährung aufzuschwatzen; ganz offensichtlich ahnte er, was wir zur Antwort gegeben hätten.

Was aber folgte, war ein grausames Spiel. Der Vopo hielt nun jeden Wagen mit westdeutschem Kennzeichen an, um die Autoinsassen nach ihrer Bereitschaft zu fragen, für Straßensünder Wechselstube zu spielen. Ähnlich ängstliche Gesichter muß man im dutzندیährigen Reich gemacht haben, wenn es um 6 Uhr früh an der Wohnungstür klingelte – ängstliche Gesichter, wie wir sie zu sehen bekamen, wann immer der Volkspolizist mit herrischer Bewegung Autos stoppte, deren Fahrer nicht wußten, was sie denn verbrochen hätten.

Kaum hörten die Damen und Herren, was man von ihnen wollte, als eine sichtbare Erleichterung der Spannung Platz machte – dennoch aber war innerhalb einer guten Stunde niemand imstande, Geld zu wechseln; wohl deshalb, weil keiner der Sache recht traute und sich so rasch wie möglich aus dem Staube machen wollte. Ein Belgier endlich fand nichts dabei, sich mit dem Vopo einzulassen und uns zu erlösen.

Während der unvorhergesehenen Wartezeit aber kamen wir mit etlichen Straßenarbeitern ins Gespräch, die sich zu uns vorwagten und so allerhand wissen wollten – wenn der Staatsrepräsentant gerade mit einem Automobilisten verhandelte. Die Gespräche waren nicht eben politischer Natur – da war die Uniform doch zu nah –, sie erinnerten nur verteuelt an unselige erste Nachkriegszeiten. Unsere sämtlichen Kugelschreiber wurden wir in der einen Stunde los, weil man sie uns abbetelte, und simple österreichische 1-Schilling-Briefmarken hatten plötzlich das Flair der großen, will sagen, freien Welt; kaum hatten wir uns von ihnen getrennt, wurden sie schon am Straßenrand zu Überpreisen gehandelt.

Einigermaßen bedrückt fährt man weiter, wenn man an einem nebeligen Vorfrühlingstag des Jahres 1965 mit den lächerlichsten Kleinigkeiten des Alltags Weihnachtsmann gespielt hat. Da kommt man dann nicht mehr in die Versuchung, mit dem schnittigen Sportwagen dahinzubrausen, vergnügt und unbeschwert.

Natürlich erzählt man das kleine Erlebnis, hat man mit heiler Haut West-Berlin erreicht – was jedesmal aufs neue an ein Wunder grenzt, hält man sich vor Augen, wie es um Ulbrichts Mauer nun einmal bestellt ist: ein Anblick, den man von Mal zu Mal vergißt und der mit jedemmal schrecklicher wird.

Eine ganz und gar unbedeutende Episode – und dennoch ist sie imstande, das Interesse der West-Berliner mit einem Schlag wachzurufen. Was hat der Vopo für ein Gesicht gemacht? War er einigermaßen korrekt? War er geigiger, als er unbedingt hätte sein müssen? Als könnten die Bewohner der eingeschlossenen Stadt aus dem Verhalten eines einzelnen Volkspolizisten auf die nächsten Absichten Ulbrichts, des Kremls schließen, aus seinem Betragen Wohl und Wehe ihrer unmittelbaren Zukunft ablesen!

Der tägliche Umgang mit der Diktatur hat die West-Berliner nicht abgestumpft – Politik aller Arten ist und bleibt das erste Gesprächsthema. Der westdeutsche Bundestag diskutierte in diesen Tagen gerade die mögliche Verjährungsfrist für Naziverbrecher. Und West-Berlin diskutierte mit. In erster Linie aber waren es junge Leute, die sich zu Wort meldeten.

Nicht einer von ihnen wäre etwa nicht von der Voraussetzung ausgegangen, daß Naziverbrechen, Naziverbrechen waren. Da gab es kein Wenn und Aber. Kein „man muß aber doch auch bedenken...“ Sind es die „unbedeutenden Episoden“, die ein harmloser Autofahrer auf dem Weg nach Berlin erleben kann, die in der ehemaligen Reichshauptstadt die Jugend normal denken gelehrt hat?

Als ich nach Wien zurückkam, stand der Fall Borodajkewycz gerade in höchster Blüte. Und in Gesprächen, vor allem mit Jugendlichen, war eine erschütternde politische Verwahrlosung des „man muß aber doch auch bedenken...“ zu beobachten, die jene vielzitierte Wohlstandsverwahrlosung als harmloses Phänomen erscheinen läßt.

Haben wir nicht aber auch wenige Kilometer von Wien eine „Mauer“, einen „Eisernen Vorhang“?



## Jugend bekennt sich zum Bundesheer

Die Zeiten des „ohne uns“ sind vorbei, der Präsenzdienst bedeutet keinen Schrecken mehr

VON PETER ZEHRER

Eigentlich hatten sie ja andere Sorgen, die zwanzig jungen Herren, mit denen ich da diskutieren wollte. Nicht etwa, daß sie sich für mein Anliegen – Jugend und Bundesheer, zehn Jahre nach dem Staatsvertrag – nicht interessiert hätten (schließlich werden sie in absehbarer Zeit ja selbst mit dem grauen Rock Bekanntschaft machen). Ich hätte mir immerhin vorstellen können, daß die Matura doch zu sehr in ihren Köpfen spukte und für andere Probleme kaum Platz gewesen wäre.

So waren meine Gefühle denn eher gemischt, als ich an einem trübem Märzorgen das Klassenzimmer der 8. B des Landstraßer Gymnasiums betrat. Ich konnte mich nur zu gut erinnern, was meine Kameraden und – ehrlich währt am längsten – auch ich selbst in den Wochen vor der Reifeprüfung über den „Barras“ gedacht hatten. Da waren die optimistischen, hochfliegenden Pläne eines Achtzehnjährigen: für Studium, Beruf und Privatleben – und alldem stellte sich der Einrückungstermin wie eine eiserne Wand entgegen.

### Die Schatten der Vergangenheit

Seit dem 7. September 1955, dem Tag, an dem die Bundesregierung die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht beschloß, hat sich, das möchte ich vorwegnehmen, die allgemeine Einstellung zum Militär doch einigermaßen geändert. Damals, kaum ein Vierteljahr, nachdem die Außenminister der vier Großmächte im Belvedere den Staatsvertrag unterzeichnet hatten, überwog eindeutig das Kontra gegenüber dem Pro. Die sieben Jahre unter dem Hitlerregime, der Krieg, zehn Jahre der Besatzung hatten den Österreicher ausgesprochen uniformmüde gemacht. Jetzt war unser Land endlich wieder frei, endlich wieder souverän, aber dennoch lagen die Schatten der Vergangenheit über dem Volk. Die Männer, die in einem sinnlosen Krieg Leben und Gesundheit aufs Spiel setzen mußten, konnten nicht vergessen, daß man sie diffamiert hatte, obwohl sie gezwungen gewesen waren, für eine Sache zu kämpfen, die nicht die ihre war.

Und nun sollte Österreich wieder ein eigenes Heer haben?

Die Wogen der antimilitaristischen Propaganda schlugen hoch. Leute, denen es weiß Gott nicht um die Existenz unseres Staates ging, ergingen sich in fanatischen Polemiken gegen das neue Bundesheer. Und das alles schlug tiefe Wurzeln in den Herzen der Jungen.

Als dann am 22. September 1955 die ersten Kader des neuen Bundesheeres – Einheiten der ehemaligen B-Gendarmerie – ihren Einzug hielten, war die Stimmung eher kühl. Der erste Jahrgang, der im Frühjahr 1956 zur Assentierung aufgerufen wurde, stand denn auch dem Heer einigermaßen ablehnend gegenüber.

Seither sind jedoch neun Jahre vergangen. Das Bewußtsein, daß Österreich schon allein auf Grund des Neutralitätsgesetzes verpflichtet ist, militärische Streitkräfte zu unterhalten, ließ die feindselige Einstellung allmählich schwinden. Man wurde sich klar darüber, daß es zur Wahrung der Unabhängigkeit und Souveränität unseres Landes unumgänglich ist, die Grenzen zu schützen. Unser Bundesheer selber bewies zudem seine Existenzberechtigung in vielen Fällen von Elementarkatastrophen überzeugend und schlagkräftig. Der Großteil der österreichischen Bevölkerung – das kann heute ruhigen Gewissens behauptet werden – steht gegenwärtig zu unserem Bundesheer.

Aber wir wollten uns ja vornehmlich mit den Problemen der Jugend beschäftigen. Die Maturanten hatten sich, wie sich im Laufe der angeregten Diskussion herausstellte, allerlei Gedanken darüber gemacht. Da war zum Beispiel Christian. Vielleicht liebt er die Extreme. Als die Rede auf die Dauer der Dienstzeit kam, trat er jedenfalls entschieden für eine Verlängerung ein. Eine achtzehnmonatige Ausbildung, meinte er, sei vonnöten. Allerdings nicht zu einem Taggeld von acht Schilling pro

Jungmann. Wenn der Staat zur bewaffneten Neutralität verpflichtet ist, müßte er auch entsprechende Mittel für eine gründliche Ausbildung seiner Soldaten zur Verfügung stellen. Ein Schnellsiedekurs wäre genauso falsch, als wollte man an einer Mittelschule einige Wochen hindurch ununterbrochen Griechisch lehren.

Der Wunsch nach einer Verdoppelung der derzeitigen Präsenzdienstzeit wurde allerdings von Christians Alterskollegen nicht geteilt. Harry räumte zwar ein, daß dem Bundesheer erzieherische Aufgaben nicht abzusprechen seien, verwies aber darauf, daß die Bewaffnung nicht ganz zeitgemäß und das Bundesheer in seiner jetzigen Konstruktion ein – wie er es ausdrückte – fauler Kompromiß sei. Wenn der Staat nicht die nötigen Mittel flüssig machen könnte, müßte, um Leerläufe zu vermeiden, die Dienstzeit eben verkürzt werden.

Heiner verwendete sich nachdrücklich für eine Stärkung der Schlagkraft unseres Militärs: „Eine kleinere, aber gut ausgebildete und ausgerüstete Truppe wäre weitaus sinnvoller.“

Wolfgang war wieder der Ansicht, daß neun Monate zu wenig seien, um eine gründliche Schulung zu gewährleisten. Er verwies darauf, daß sich jeder Mensch, der aus dem Zivilleben in die soldatische Umgebung versetzt werde, erst einmal eingewöhnen müsse. Diese Eingewöhnung aber erfordere Zeit. „Wir brauchen unser Bundesheer“, sagte er, „es gibt uns doch ein gewisses Gefühl der Sicherheit und der Souveränität. Nicht zu reden davon, daß es, wie nichts anderes, geeignet ist, Kameradschaft und Gemeinschaftsgefühl zu fördern.“

Harry war skeptisch. „Sollte irgendeine ausländische Macht versuchen, in Österreich einzumarschieren – wir werden sie nicht aufhalten können.“ Aber da stieß er auf Widerspruch. Es genüge, so wurde argumentiert, ja nur eine gewisse Verzögerung der feindlichen Truppenbewegungen, um die durch den Staatsvertrag verpflichteten Streitkräfte der anderen Seite auf den Plan zu rufen. Klaus unterstrich, ebenso wie sein Kollege Rudolf, die moralische Wirkung einer solchen Aktion.

Gegen die Einstellung mancher staatlicher Behörden wandte sich Josef. „Der Staat müßte ein besseres Vorbild geben. So wie es jetzt ist, wird niemandem gedient, dem Bundesheer nicht und dem einzelnen Soldaten nicht, der zu Recht über eine zu geringe Entschädigung klagt. Wenn wir schon Militär haben, weshalb wird dann das dafür notwendige Budget immer so stiefmütterlich behandelt?“

Der Widerstreit der Meinungen ging hin und her. Da waren Bedenken gegen eine Unterbrechung des Studiums, Einwände, daß man infolge des Präsenzdienstes die Eltern noch länger finanziell belaste. Im großen und ganzen aber kristallisierte sich doch die Überzeugung heraus, daß ein Heer nun einmal notwendig sei. Nicht zuletzt wurden auch die erzieherischen Aufgaben in den Vordergrund gestellt.

Und was sagt man beim Bundesheer selbst zu dem Problem? Wir sprachen mit Brigadier Rothmann, dem Leiter der Ergänzungsabteilung des Verteidigungsministeriums. Der Mann, der über Einberufungen, Freistellungen und Ausmusterungen zu entscheiden hat, also ständig mit den Problemen und Sorgen der Jungmänner konfrontiert wird, ist der festen Überzeugung, daß sich die Einstellung der Jugend zum Bundesheer in den vergangenen Jahren wesentlich gebessert habe. Erzählungen von Kollegen – „So arg ist es ja gar nicht“ – mögen da viel mitspielen. „Sie sind nicht begeistert, aber sie erkennen ihre Pflicht“, sagt der Brigadier. Und Oberst Rudolf pflichtet bei: „Nun setzt sich die Auffassung doch durch, daß die Landesverteidigung Angelegenheit aller Staatsbürger und einfach eine Pflicht unserer Heimat gegenüber ist.“

Zum Beweis dafür erzählt der Oberst eine kleine Episode. Ein Erlebnis, wie es immer wieder vorkommt. Ein in der Schweiz lebender junger Mann – Österreicher – erhielt vor einiger Zeit seinen Einberufungsbefehl. Er trat seinen Dienst an und war ein mustergültiger Soldat. Kurz vor dem Abrüsten verletzte er sich am Daumen und wurde als „tauglich zum Dienst ohne Waffe“ entlassen.

Monate vergingen. Eines Tages traf bei der Ergänzungsabteilung in der Stiftskaserne ein Brief ein. Der ehemalige Soldat meldete, daß die Verletzung vollständig ausgeheilt sei und bat darum, ihn wieder als volltauglich in Evidenz zu halten.

A propos Tauglichkeit. Die Zahl der für den Wehrdienst Untauglichen ist – daß mag vielleicht überraschen – erstaunlich gering. Seit dem ersten Musterungstermin im Jahre 1956 bewegt sich die Quote der Volltauglichen konstant um 80 Prozent aller Gemusterten. Etwa zehn Prozent sind wenigstens zum Dienst ohne Waffe geeignet und nur sieben Prozent vollkommen untauglich.

Daß auch die sogenannten A-Tauglichen manche Schwierigkeiten bereiten können, davon weiß der Leiter der Internen Abteilung des Heeresfachambulatoriums, Oberstleutnantarzt Dr. Klettenhammer ein Lied zu singen. Obwohl auch er der festen Überzeugung ist, daß der Großteil der Jungmänner eine eher positive Einstellung zum Bundesheer hat, verabsäumt er nicht, die Kehrseite der Medaille aufzuzeigen. Immerhin gibt es eine erkleckliche Zahl von Burschen, die sich auf oft abenteuerliche Weise dem Präsenzdienst entziehen wollen. Teils sind es Simulanten, die, nicht ungeschickt, die verschiedensten „Leiden“ erfinden, teils sind es kraftstrotzende junge Männer, die sich, subjektiv gesehen, wirklich krank fühlen, es in Wirklichkeit aber gar nicht sind.

Am meisten wird über Beschwerden des Kreislauf- und Verdauungssystems geklagt. Die Ursachen dafür sind rasch aufgezählt. Viele Jungmänner haben mit enormen Anpassungsschwierigkeiten zu kämpfen. Ihr vollkommen untrainierter Organismus wehrt sich gegen die plötzliche Beanspruchung. Sechzig Prozent aller Einrückenden rauchen, trinken Alkohol oder konsumieren Kaffee. Viel zu viele ziehen den Besuch des Fußballstadions oder das Sitzen vor dem Fernsehapparat aktiver sportlicher Betätigungen vor. Die Absicherung nach allen Seiten, wie sie unser Wohlfahrtsstaat bedingt, erweckt auch den Wunsch nach einem risikofreien Militärdienst. Die durch das Versicherungssystem entstandene „Überarztung“ tut ein übriges. Dazu kommt noch in manchen Fällen die absolute Negierung des Soldatentums. Daraus wieder resultieren Unlustgefühle, Angst, Skeptizismus und schließlich überhaupt Ablehnung der militärischen Lebensformen.

### An die nächste Generation denken

Warum wird das Bundesheer abgelehnt? Einerseits fehlt manchen jungen Menschen jegliche ethische Wertvorstellung, für die sich ein persönlicher Einsatz lohnt. Die Begriffe „Vaterland“, „Kameradschaft“ und „Treue“ werden als hohle Phrasen bewertet. Die Herabsetzung des Soldatentums an sich in den vergangenen Jahren durch Eltern, Presse, Film, aber auch in den Schulen, der mangelnde Einordnungswille des führungsungeübten Jugendlichen zählen – so argumentiert Oberstleutnantarzt Dr. Klettenhammer – zu den weiteren Gründen.

Es muß daher noch viel getan werden. Die Voraussetzungen zu einer positiven Einstellung der Jugend dem Bundesheer gegenüber sind heute, mehr denn je, gegeben. Aber da und dort ist noch mit manchen Schwierigkeiten zu kämpfen. Wie sagt doch Dr. Klettenhammer: „Wenn es nicht gelingt, den Buben schon in der ersten Volksschulklasse einzupfropfen, daß sie Österreicher sind und stolz darauf, es zu sein, und wenn es nicht gelingt, das amerikanistische Erziehungssystem mit seiner Vergütung schon des Kleinkinds auszumerzen, kann die Jugend selbst für ihre mangelnde Wehrwilligkeit nicht verantwortlich gemacht werden.“

Gerade diese Wehrwilligkeit aber ist, wie uns scheint, heute, zehn Jahre nach dem Abschluß des Staatsvertrages, vorhanden. Auch wenn man es oft an höchster Stelle nicht wahrhaben will. Ich darf abschließend noch einmal den Arzt zitieren: „Wenn es nicht gelingt, absolut integre Vorbilder im Staat und im öffentlichen Leben zu schaffen, ist eine Gesundung der Jugend in geistiger, seelischer und körperlicher Hinsicht einigermaßen problematisch. Nicht Politiker, die an die nächste Wahl, sondern Politiker, die an die nächste Generation denken, brauchen wir!“

Darin liegt der Kern des Problems.